

Der Antrag 81 wird angenommen. Die Resolution des Parteivorstandes (70) wird mit der von Bebel vorgeschlagenen Ergänzung einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Reich-Hamburg schlägt vor, die Referate Bebel's in Broschürenform herauszugeben.

Bebel: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Vorträge kommen in ausführlicher Weise ins Protokoll. Dann bekommen wir auch für die Wahlen so viel Material, daß ich nicht weiß, wie die Parteigenossen, die mit der Agitation betraut sind, das alles lesen und verdauen sollen. Außerdem ist der Ideengang meiner Referate für die Partei nichts Neues. Ein besonderer Abdruck erscheint mir deshalb nicht notwendig.

Der Antrag Reich wird abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Es schwirren hier auf dem Parteitag allerlei Gerüchte. Mir ist von verschiedenen Seiten die Mitteilung zugegangen, daß ein Teil der Jenaer Studentenschaft, der hier anwesend ist, den Gedanken erörtert hat, ob er nicht in irgendeiner Form heute nachmittag das Marktfest stören könnte. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.) Ich halte natürlich diese Gerüchte für einen Unsinn. Ich bin der Meinung, daß diese Studenten, die doch den besitzenden und gebildeten Klassen angehören, selbst bereits durch ihre Erziehung ein solches Maß von Bildung genossen haben müssen, daß sie sich schämen müßten, eine derartige Provokation herbeizurufen. (Stürmische Zustimmung.) Aber wenn es dennoch wahr sein sollte, was ich nicht für möglich halte, sollte in der Tat ein solcher Versuch gemacht werden, uns in unserem Vergnügen zu stören, na, dann lassen wir mit uns reden. (Geisterkeit.) Dann kann ich den Herren antündigen, sie möchten sehr vorsichtig sein und ihren Bude! entsprechend waktieren. (Stürmische Geisterkeit.)

Vorsitzender Leber: Das Komitee hat gestern abend erfahren, daß die hier anwesenden Studenten und auch die, die in der Nähe wohnen, gestern abend im „Weimariischen Hofe“ eine Sitzung abgehalten haben, um zu beraten, wie sie unser Fest stören können. (Lebhafte Witze.) Wir haben sofort Maßnahmen getroffen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß die Herren schon einen Umzug arrangiert haben. Wir lassen uns aber nicht stören. Wir werden so handeln, wie es notwendig ist. (Lebhafte Beifall.)

Der Parteitag wendet sich der Beratung von Anträgen zu, die als

Sonstige Anträge

zusammengefaßt sind.

Die Anträge 26, 51 und 67 werden nicht genügend unterstützt.

Dümel begründet den Antrag 52: Die Gewerkschaften haben von ihrem Rechte, Plätze der Parteischnitzschule zu belegen, nicht genügend Gebrauch gemacht. Es ist vorgekommen, daß die Hälfte der Plätze nicht besetzt war. Darum soll jetzt die Möglichkeit gegeben werden, freibleibende Plätze anderweitig zu besetzen.

Heinrich Schulz: Im Einverständnis mit dem Parteivorstand bitte ich, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Es ist nicht richtig, daß die Hälfte der Plätze leer geblieben ist, freilich sind nicht alle besetzt worden. Dieser Umstand ist bereits von dem Lehrerkollegium der Parteischnitzschule erörtert worden.

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Kupferschmidt-Berlin begründet den Antrag 53: Unser Antrag will den Leipziger Schnapsbohykottbeschuß bekräftigen. Gerade bei den Reichstagswahlen ist es angebracht, den Schnapsbohykott erneut durchzuführen, denn Leute, die

Schnaps trinken, die folgen nicht uns, sondern den Gegnern, und unsere Gegner verwenden, namentlich im Osten, den Schnaps nicht selten zur Wahlbestechung. Wir gewinnen gerade durch die Schnapsbekämpfung immer mehr Anhänger und die Frauen himmen gerade diesem Kampfe besonders freudig zu. Was für entsetzliche Folgen hat doch der Schnapsgenuss, wie viele Tausende von Familien leiden furchtbar. Der Beschluß des Leipziger Parteitages hat den Schnapsjunkern schweren Abbruch getan, das muß aber noch besser werden. Der Schnapskonsum betrug pro Kopf 1908/1909 4,2 Liter Alkohol, nach dem Leipziger Beschluß aber 1909/1910 nur noch 2,08 Liter. (Bravo!) Wenn das so weiter geht, dann können wir es bald erreichen, daß an die Schnapsbrenner keine Liebesgaben mehr bezahlt werden können. Das ist auch eine indirekte Steuerverkürzung und ein nützliches Beispiel für die Jugend.

Der Antrag wird angenommen.

Zum Antrage 54 führt

Mollenbuhr aus: Es ist ja schon öfter auf dem Parteitage gewünscht worden, daß die Parteiblätter solche Inserate oder auch bestimmte Gruppen von anderen Inseraten nicht aufnehmen sollen. Aber auf einem Parteitag kann man das nicht beschließen. (Sehr richtig!) Was soll denn als Schnapsinseerat gelten? Da sind die großen Warenhausanzeigen, welche eine große Einnahme der Parteipresse bilden und wo neben Wäsche, Teppichen, Gemüse usw. auch mal Hum oder Kognak verzeichnet steht. Was soll man da machen? Oder ein Parteigenosse macht bekannt, daß er eine Wirtschaft übernommen hat. Ist das ein Schnapsinseerat, weil er doch in seiner Wirtschaft auch Schnaps verkauft? Wird der Antrag angenommen, dann wird es bald kein Parteiblatt geben, das nicht gelegentlich unabsichtlich gegen ihn verstößen würde. Die Presskommissionen in den einzelnen Orten können Bestimmungen treffen, welche Inserate aufgenommen werden sollen und welche nicht, aber mit einem solchen Parteitagbeschuß ist da nichts zu machen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Resolution 56 ergreift das Wort

Göhre: Der gedankliche Inhalt der Resolution weist deutlich auf das Problem hin, das gegenwärtig das wichtigste in der Genossenschaftsbewegung ist. Es wird charakterisiert durch die Tatsache, daß die Genossenschaftsbewegung, wie sie sich im Zentralverband deutscher Konsumvereine entwickelt hat, getragen wird zu neun Zehnteln von Arbeitermitglidern, unter denen, wie auch der Generalsekretär Kauffmann es einmal konstatierte, wieder der größte Teil sozialdemokratische Arbeiter sind. Die Konsequenz dieser Tatsache ist, daß die Konsumvereinsbewegung selbstverständlich im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet und weiter gefördert werden muß. Das geschieht nach der Meinung auch eines großen Teiles der Mitglieder der Konsumgenossenschaften heute noch nicht oder nicht in wünschenswertem Maße. Hier liegt die Wurzel der Gegensätze, die gegenwärtig innerhalb der Bewegung bemerkbar sind. Wohl keiner in diesem Saale fordert, daß die schon geschichtlich gewordene Neutralität der Genossenschaften durchbrochen werden soll. Diese ist nicht nur durch die Gesetzgebung, sondern auch durch das eigene Interesse der Konsumgenossenschaften geboten. Keiner von uns wird also das Anstimmeln stellen, daß die Genossenschaftsbewegung Parteipolitik treiben soll, am allerwenigsten in dem Sinne, daß der Sozialdemokratie wirtschaftliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, wie in Belgien. Das ist bei uns auch nicht nötig, denn die Partei bringt genug aus eigener Kraft auf. Wir verstehen vielmehr unter Neutralität ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zwischen den Genossenschaften und der übrigen Arbeiterbewegung, ein Verhältnis brüder-

licher Fühlungsnahme in allen Fragen, die im gemeinsamen Interesse beider Teile erörtert werden müssen. Dafür haben wir ja bereits ganz exakte Vorbilder in dem Verhalten von Partei und Gewerkschaft, die ja mit Recht den Anspruch auf Neutralität ebenfalls erheben, und dann im Verhältnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung und Konsumgenossenschaften in Oesterreich, wo ein solches nachbarliches, freundschaftliches, ja brüderliches Verhältnis schon besteht, obgleich Oesterreich unter der gleichen genossenschaftlichen Gesetzgebung steht, wie Deutschland. Dieser Grundsatz wird seitens der Leitung der Genossenschaftsbewegung, vor allem von dem Generalsekretariat in Hamburg, nicht eingehalten. Es sind eine Reihe von Anklagen gegen das Generalsekretariat aus unseren Reihen erhoben worden, die man in dem Ausdruck „Neberneutralität“ zusammenfaßt. Die Leitung der Genossenschaften meint freilich, Ueberneutralität gäbe es nicht, sondern nur Neutralität oder Nichtneutralität. Gut, das mag richtig sein. Aber so wie in Hamburg die Neutralität uns gegenüber aufgefaßt wird, bedeutet sie ein deutliches Abweichen von der sozialdemokratischen Bewegung (lebhafter Zustimmung, teilweiser Widerspruch) und ein ebenso offensives Hinneigen zu bürgerlichen Richtungen. (Erneuter Widerspruch.) Das ist meine Ansicht und die derjenigen, die den Antrag mit mir gestellt haben. Wir müssen Mittel und Wege finden, um das zu ändern, was am besten durch Befolgung der Resolution geschehen würde. Unsere Genossen in den Konsumvereinen müssen nicht nur als Mitglieder bei den Genossenschaften kaufen, sondern sie müssen auch zur Stelle sein und dahin wirken, daß die Konsumgenossenschaften im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet werden. Die Konsumgenossenschaften sind, das ist vielleicht das beste Erbteil aus der freisinnigen Zeit, in ihrer Organisation durch und durch demokratisch aufgebaut, dadurch ist das Mittel gegeben, daß jeder Genosse seiner Meinung Ausdruck geben kann. Im Augenblick ist durch Einbringung der Resolution genug geschehen, um die Oeffentlichkeit der Partei auf den hier bestehenden Konflikt aufmerksam zu machen, die Parteigenossen sind aufgerufen, sich damit zu beschäftigen. Das genügt uns zunächst. Ich bin deshalb beauftragt, die Resolution zurückzuziehen.

Engler-Freiburg (zur Geschäftsordnung): Ich will hier nur feststellen, daß ich es als illoyal betrachte (lebhaftes Sehr richtig!), eine derartige Rede zur Begründung einer Resolution zu halten und diese dann zurückzuziehen. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Die Bedeutung der Artikel Kaufmanns wird überschätzt und ich hätte es darum begrüßt, wenn man dem, was Göhre hier gesagt hat, in einer Debatte hätte entgegengetreten können. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dietz: Da die Resolution zurückgezogen und nicht wieder aufgenommen worden ist, ist die Diskussion geschlossen.

Es folgt Antrag 68.

Müller-Düsseldorf: Wir halten es für notwendig, daß unsere Programmforderung, Trennung der Kirche von der Schule und Trennung der Kirche vom Staat schärfer als bisher propagiert wird, und zwar deshalb, weil die bürgerlichen Parteien — nicht nur das Zentrum — mehr und mehr die Kirche in den Dienst ihrer Interessen stellen. Der Mainzer Katholikentag hat sich ja erst erneut dafür eingelegt, daß die Schule und das ganze Staatswesen unter den Einfluß der Kirche kommen soll. Auf dem Mainzer Katholikentag ist zum Ausdruck gekommen, daß das Zentrum es am liebsten sähe, wenn die Schule total verpöfcht würde. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, unsere Forderung kräftiger zu propagieren. Wir können dabei gleichzeitig auch unsere allgemeinen Schulforderungen energischer betonen, um zu verhindern, daß die Jugend unter die Botmäßigkeit der Geis-

tigen fallen könnte. Wenn wir beantragt haben, erst nach den Wahlen in eine kräftigere Agitation einzutreten, so glauben wir doch, daß auch bis zur Wahl auf diesem Gebiet noch mehr als bisher getan werden kann. Wir halten es für außerordentlich notwendig, daß unser Antrag gerade im Hinblick auf den Kampf gegen das Zentrum, im Hinblick auf den Mißbrauch, den das Zentrum mit der Kirche treibt, angenommen wird. (Wutvol)

Heinrich Schulz-Berlin: Ich bitte Sie, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Seine Tendenz ist mir persönlich ja außerordentlich sympatisch, aber ohne weiteres können wir ihn nicht annehmen. (Sehr richtig!) Seine Ueberweisung an den Parteivorstand würde erneut eine Angelegenheit in Fluß bringen, die eigentlich von der Partei noch nicht erledigt ist. Die von der Genossin Zettin und mir dem Mannheimer Parteitag vorgelegten Leitfäden über das Erziehungs- und Bildungswesen sind bisher immer noch nicht offiziell von der Partei beraten und angenommen worden. Es wäre deshalb sehr zweckmäßig, wenn diese Frage erneut auf die Tagesordnung eines Parteitages gesetzt würde. Dann könnte auch die von den Düsseldorfser Genossen gewünschte Aktion eingeleitet werden. (Sehr richtig!)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Die Nachmittags-sitzung fällt aus. Die Parteigenossen von Jena haben zu Ehren der Delegierten für den Nachmittag ein Marktfest vorbereitet.

Vorsitzender Dietz: Wir haben morgen noch zu erledigen die Anträge Nr. 78 und 80, dann haben wir den Bericht der Beschwerdekommision und die Feststellung des Wahlergebnisses entgegenzunehmen und den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen. Wenn alles nach Wunsch geht, dürften wir gegen 11 Uhr mit unseren Arbeiten fertig sein.

Der Parteitag vertagt sich.

Schlusß 1 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 16. September 1911. — Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung.

War Eintritt in die Tagesordnung erklärt wurde, daß er für den Antrag 80 gestimmt hat.

Rebel: Auf Grund meiner Angriffe gegen die „Weimarer Zeitung“ ist mir ein längeres Telegramm zugegangen, worin die Redaktion erklärt, daß sie den mir zugesprochenen Anspruch, den ich ganz entschieden bestritte, dem Bericht einer als zuverlässig bekannten Korrespondenz, die an verschiedene bürgerliche und auch sozialdemokratische Blätter liefere, entnommen habe. Sie schreibt weiter: „Sollte es sich um eine Mystifikation handeln, wozan wir nach Ihren gestrigen Worten nicht zweifeln, so mühten wir doch den Vorwurf absichtlicher Verdrehung zurückweisen. Den Wortlaut Ihres Vortrages werden wir noch veröffentlichen.“ Ich habe natürlich von dem, was ich gegen den Wortlaut der betreffenden Stelle gesagt habe, kein Wort zurückzunehmen. Nachdem, was mir mitgeteilt wird, ist ja allerdings eine absichtliche Verdrehung meiner Worte ausgeschlossen.

Darauf werden die noch nicht erledigten Anträge verhandelt.

Mara Zettin begründet den Antrag 78. Ich bitte Sie bringen um Annahme des Antrages. Er konkretisiert die Wünsche, die in unserer Frauen-

konferenz laut geworden sind. Er ist auch der Ausdruck meiner persönlichen Lieberzeugung, in der ich jedesmal bekräftigt worden bin, wenn ich zur Agitation ins Land hinausging. Unsere Parteisekretäre sind zweifellos sehr überlastet. Ihre Arbeit ist von außerordentlicher Bedeutung für die Ausdehnung und Kräftigung der Organisation und den Geist, der in ihr lebendig ist. Es sind nicht mehr die Zeiten, da die Parteisekretäre ihres Amtes mit der Hilfe von zwei, drei Notizbüchern walten konnten. Nein, jetzt müssen sie eine ausgedehnte bürokratische Arbeit leisten. Sie sind mit agitatorischen und organisatorischen Aufgaben überlastet, müssen die Beziehungen mit der Genossenschaftsbewegung pflegen, Jugendbewegung, Frauenbewegung, Bildungsbewegung fördern, diese drei Zweige unseres Parteilebens, die von steigender Wichtigkeit werden. Alle Fäden der Partiarbeit eines Bezirks laufen in den Händen der Sekretäre zusammen. Infolgedessen sind unsere Parteisekretäre nicht bloß viel und vielseitig beschäftigt, sie sind überbürdete Funktionäre. Das muß natürlich verhängnisvolle Folgen haben.

Die Kraft unserer tüchtigsten Genossen wird aufgerieben, ehe sie die Möglichkeit hatten, zur vollen Entfaltung ihrer Begabung zu kommen und das Maximum ihrer Leistungsfähigkeit im Dienste der Partei zu erweisen. Hinter den kleinen und oft kleinen Tagesgeschäften muß das Recht und die Pflicht zur Weiterbildung oft ganz zurücktreten. Und doch tut gerade diese bittere, wenn die Sekretäre ihren Posten nicht bloß ausfüllen, sondern dem Interesse der Sozialdemokratie im höchsten Sinne nutzbar machen wollen. Wie ist es möglich, daß das Parteisekretariat zum Mittelpunkt des politischen, des geistigen Klassenlebens der Proletarier eines Bezirks wird, wenn der Sekretär außerstande ist, die neuauftauchenden Erscheinungen und Streitfragen beurteilen zu können, beraten von reichen Kenntnissen und einer gründlichen theoretischen Durchbildung? Zu der Belastung mit Berufsarbeit gefügt sich noch für manche Parteisekretäre — kinderreiche Familienväter — der Zwang zu schriftstellerischem Nebenberuf. Eine Besserstellung unserer Sekretäre, die ihnen Muße und Freizeit zur regsten Anteilnahme am geistigen Leben der Partei sichert, würde manchen unerquicklichen Bügen in unseren Reihen vorbeugen. (Sehr richtig!) Dies sind die Erwägungen, die dafür maßgebend waren, daß der Antrag eingebracht wurde. Die Besoldung unserer Parteisekretäre entspricht nicht den Teuerungspreisen, steht auch in keinem Verhältnis zu den vielerlei verantwortungsvollen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Warum sind die Parteisekretäre selbst nicht schon längst vor uns hingetreten und haben Besserstellung und Entlastung gefordert? Es ist schwer, in eigener Sache etwas zu verlangen. Ich habe weder die Absicht noch die Aussicht, je Parteisekretär zu werden. Ich habe auch keine Töchter und kann alle Eide schwören, daß ich es nie zur Schwiegermutter eines Parteisekretärs bringen werde. (Große Heiterkeit.) Es ist lediglich das Interesse der Partei, das mich veranlaßt, für unsere Beauftragten einzutreten. Mit der Kraft unserer Parteisekretäre wird Raubbau getrieben. Das will niemand von uns, und das schädigt die Zukunft unserer Bewegung. Darum müssen wir fordern: eine materielle Besserstellung der Parteisekretäre, eine bessere bürokratische Organisation der Parteisekretariate, die Anstellung weiterer Kräfte in ihnen. Wir müssen aber auch verlangen, daß Frauen als Parteisekretäre angestellt werden. Wie erfolgreich Genossinnen in solchen Leitern wirken, das zeigt die Tätigkeit des Frauenbureaus und die Tätigkeit des gewerkschaftlichen Arbeiterinnensekretariats.

Zwischen dem Sekretär und der Sekretärin würde sich eine Arbeitsteilung vollziehen, die der Bewegung im allgemeinen, der Entwicklung unserer Frauenbewegung im besonderen förderlich wäre. Die

Agitations- und Organisationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat erhalte neue, stärkere Impulse und praktische Gelegenheiten, und arbeitend, wirkend könnte sich die Begabung und Tatkraft mancher Genossin kräftig und frei entfalten, die heute durch die Erwerbsfront im Dienste des Kapitals gebremst wird, sich ganz für den Befreiungskampf des Proletariats einzusetzen. An Genossinnen, die den Aufgaben des Amtes gewachsen sind, fehlt es durchaus nicht. Wie notwendig die durch den Antrag gewünschte Förderung unserer Frauenbewegung ist, beweisen die Zahlen über die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit. Es kann sich nicht um eine schematische Ausführung der hier gegebenen Anregungen handeln, da verschiedenartige Verhältnisse in Rücksicht gezogen werden müssen. Die Ausführung ist auch nicht nur Sache des Parteivorstandes, sondern auch der Organisationen draußen im Lande, die manchmal den angeregten Neuerungen weit unzugänglicher sind als der Parteivorstand, der von höherer Warte aus einen allgemeineren und weiteren Überblick besitzt. Gut wäre es, wenn — soviel es möglich ist — noch vor den Reichstagswahlen mit der Umkehrung der in die Praxis begonnen werden könnte. Auch das wäre ein Mittel, unsere Aktionsfähigkeit für den Kampf zu steigern. (Lebhafter Beifall.)

Muffel-Leipzig: Dieser Antrag, der eigentlich nur ein Wunsch ist, kann nicht von hier aus, sondern nur in den einzelnen Kreisen erledigt werden. Eine größere Ausprache muß vorhergehen. Nicht nur um die technische Ausgestaltung handelt es sich, sondern auch um bessere Besorgung des Materials. Wenn gewünscht wird, daß auch Genossinnen angestellt werden, so ist das die heikelste Frage, die es gibt, es kann nur auf die Eignung, und nicht darauf ankommen, ob Mann oder Weib. Ich beantrage, da der Parteivorstand bereits wohlwollende Prüfung zugefagt hat, den Antrag der neuangelegten Kommission zur Reorganisation zu überweisen.

Nachdem **Dittmann-Solingen** auf das Wort verzichtet hatte, wird der **Ueberweisungsantrag** angenommen.

Ein Antrag **Ripinski** auf authentische Erklärung des gestern gefaßten Beschlusses über den Antrag 30 wird noch vor der Verlesung von dem Antragsteller mit folgender Erklärung zurückgezogen:

Ripinski: Ich habe den Antrag in Konsequenz des gestern gefaßten Beschlusses über den Antrag 30 gestellt. Der Parteivorstand erklärt mir jedoch, daß die Angelegenheit im letzten Augenblick zu großen Debatten führen würde. Er stellt in Aussicht, die Angelegenheit zu beraten. Unter diesem Gesichtspunkt ziehe ich den Antrag zurück.

Vorsitzender Dietz: Damit später keine Differenzen entstehen können, stelle ich fest, daß ein Antrag **Ripinski** nicht mehr vorliegt.

Die Resolution 80 begründet

Dr. Liebknecht: Die auf dem Magdeburger Parteitag angenommene Resolution gegen den **Jarismus** lautet im ersten Teil: „Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Finnlands durch den **Jarismus** protestieren, dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine drüberliche Sympathie aussprechen und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das Klassenbewußte deutsche Proletariat zusichern.“ Bei der Erörterung dieser Resolution wurde einiges aus der Geschichte der Entrechtung Finnlands vorgetragen, beginnend mit jenem **Jarmanifest** vom 15. Februar 1899, fortgesetzt durch das **Journal des Ministerrats** vom 2. Juni 1908, das **Reglement** vom Frühjahr 1909 und das **Manifest** vom 7. Oktober 1909 und beschlossen durch jenes niederträchtige „**Gesetz**“ vom 30. Juni 1910, das die Autonomie Finnlands auf nahezu allen legislatorischen Gebieten voll-

ständig aufgehoben. Ich habe damals auch die Proteste erwähnt, die aus bürgerlichen Kreisen gegen diese Anschläge des Zarismus auf die finnische Freiheit erhoben wurden. Bereits 1889 haben sich eine Anzahl holländischer Rechtsgelahrter vom rein juristisch-staatsrechtlichen Standpunkt aus nachdrücklich gegen das Manifest vom 15. Februar 1899 gewandt. Auch nach den Vergewaltigungen, die sich seit 1908 Schlag auf Schlag folgten, haben bürgerliche Kreise im Interesse Finnlands öffentlich energisch Partei ergriffen. Es war Professor Rubolf Euden in Jena, der in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 17. Dezember 1909 den ersten Anstoß zu dieser neueren Protestbewegung gegeben hat. Am 25. Januar 1910 folgte eine äußerst scharfe „Erklärung“ von 67 hervorragenden Vertretern der Wissenschaft und Kunst in Deutschland und Oesterreich.

Selbstverständlich haben diese Proteste keinen Erfolg erzielt. Die finnische Frage kann nicht als Rechtsfrage, sondern nur als Machtfrage entschieden werden. Nach der Behauptung gewisser Veröffentlichungen wurde durch das Giasko eines russischen Unterhändlers, der die französische Regierung gegenüber jenen Protesten für die Finnlandpolitik Rußlands zu gewinnen suchte, die russische Regierung zu dem Beschluß veranlaßt, ihre Maßregeln äußerlich in „mildere“ Formen zu kleiden. Nicht einmal das aber hat sich als vereinbar mit dem Wesen des Zarismus herausgestellt. Unmittelbar nach jenen Angriffen auf die finnische Freiheit und Selbständigkeit nach dem hoch- und landesverräterischen Staatsstreich der russischen Regierung gegen die vom Zaren beschworene Verfassung Finnlands, ist die bisherige Brutalität noch übertrumpft. In den letzten Monaten hat Rußland begonnen, Finnland zu zerfleischen. Bisher sind zwei Kirchspiele des Gouvernements Wiborg einverleibt und es ist bereits angekündigt, daß weitere folgen werden. Natürlich ist das nur der Anfang der Einverleibung ganz Finnlands. (Sehr richtig!)

Die „strategischen Notwendigkeiten“, mit denen man die Einverleibung „rechtfertigt“, sind nur ein ganz fadencheiniger Vorwand, der überdies die Ungeheuerlichkeit des Vorgehens gar nicht einmal zu bemänteln sucht. Diese empörende Gewaltpolitik ist einmal ein Akt der Furcht für die Zukunft, der Rache und des Hasses für die Vergangenheit und Gegenwart gegen jenes Finnland, das während der russischen Revolution und auch in der ersten Periode der Konterrevolution ein Asyl der revolutionären Kämpfer war, das eines der demokratischsten Wahlrechte der ganzen Welt besitzt, dessen starke Arbeiterbewegung auf einem außerordentlich hohen Niveau steht, wo die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen 40 Proz. aller Stimmen erhielt und die zahlreichste sozialistische Fraktion der Welt im Landtag hat. In Finnland ist die Sozialdemokratie die Vorkämpferin und Leiterin der politischen Opposition gegen den Zarismus. Finnland ist so ein Pfahl im Fleische der russischen Reaktion. Dann aber ist Finnland auch ein eigenes Bollwerk, das dem Handel der anderen Länder unter den gleichen Bedingungen geöffnet ist, wie dem russischen, und so folgt die russische Einverleibungspolitik auch aus dem Bedürfnis der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft Rußlands, Finnland als Markt für Rußland zu monopolisieren, das Ausland durch hohe Zollmauern davon möglichst auszuschließen.

Wenn wir all dies vor unserem Auge Revue passieren lassen, so wird niemand verkennen, daß das finnische Proletariat gerade auch im jetzigen Moment seiner Lebensgeschichte Anspruch darauf besitzt, daß die deutsche Sozialdemokratie, daß das ganze internationale Proletariat seine Solidarität mit dem gepeinigten finnischen Volk erklärt. (Bravo!)

Die Einverleibung der beiden Kirchspiele ist schon heute nicht das einzige. Unter Mißachtung der Abgeordnetenimmunität ist der Redakteur Genosse Nicola verhaftet worden. Wir wären ja naive Kinder, wenn wir nicht wüßten, daß in Zeiten, wo es hart auf hart geht, die Abgeordnetenimmunität nichts ist, als ein Spinnwebefaden vor der Mündung einer geladenen Kanone; der Bissingische Korpsbefehl hat uns gezeigt, daß in Deutschland ganz das gleiche in Aussicht genommen ist und bleibt, trotz der „Rücknahme“ dieses Teiles des Korpsbefehls, von der es in der Öffentlichkeit verlautet.

Es bedarf kaum der ausdrücklichen Feststellung, daß die Einverleibung auch durch das infame Entrechtungs-gesetz vom 30. Juni 1910 nicht gebedt ist. Dieses Gesetz betrifft nur die gesetzgeberische Selbständigkeit Finnlands in bezug auf die Regelung seiner normalen laufenden Angelegenheiten, darin ist aber der russischen Regierung nicht die Befugnis zugesprochen, über das finnische Staatsgebiet frei zu schalten und Teile Finnlands zu verschlucken.

Ist es nicht selbstverständlich, daß das finnische Volk sich regt gegenüber einer solchen Vergewaltigung? Wäre es nicht wert der russischen Knete, wenn es das über sich ergehen ließe, ruhig wie eine Herde von Schafen? Ja, Parteigenossen, es ist wahrlich nicht erstaunlich, daß in Finnland eine Protestbewegung entstanden ist, die bereits ernsthafte Konflikte im Gefolge gehabt hat. Daß diese Bewegung von der deutschen Sozialdemokratie mit aller Sympathie begrüßt wird, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Aber, daß dieser Kampf den russischen Reaktionen schwer im Magen liegt, das beweisen auch gewisse Veröffentlichungen in der deutschen Presse, speziell eine Veröffentlichung in der „Kreuzzeitung“ vom 14. September dieses Jahres, die — ich erinnere an den bekannten Plan der russischen Regierung, ausländische Zeitungen mit russisch-offiziösen Artikeln zu füttern — ganz offenbar den Stempel des russischen Offiziösentums an der Stirn trägt. In dieser russisch-regierungs-offiziösen Note wird geklagt, daß es in Finnland wieder recht lebhaft zugeht. Wir beklagen das nicht. Das interessanteste ist aber eine Drohung, die sich am Schluß des Artikels findet: „Mit Rücksicht auf die Haltung der Finnländer auf das ursprüngliche Projekt zurückzugehen und im Interesse der Sicherheit der Hauptstadt das ganze Gouvernement Wiborg der Reichsregierung zu unterstellen,“ womit zugleich eingeschanden wird, daß jene „strategischen Rücksichten“ nichts anderes sind als Rücksichten einer Strategie, die nicht dem Schutz gegen das Ausland gilt, sondern dem Schutz der russischen Jarenmeute gegen den Fortschritt und die Freiheit des russischen Volkes; daß Petersburg befestigt werden soll gegen künftige revolutionäre Stürme. Diese unerhörte Drohung wird natürlich nicht dazu beitragen, das Volk zu beruhigen, sondern im Gegenteil die Empörung und den Kampf zu schüren.

Sie wissen, daß deutsche Behörden sich nicht geschämt haben, unseren vorjährigen Parteitagsprotest zum Gegenstand einer staatsanwaltlichen Verfolgung in Deutschland zu machen. Man kann in der Tat für die deutsche Reaktion nichts Wamableres ausdenken, als daß sie unsere Protestaktion gegen den vorjährigen Jarenbesuch und gegen die Brutalisierung Finnlands zu einem solchen Angriff zu benutzen versucht. Wir wünschen ihr viel Glück zu diesem Streich. Ich habe keine Veranlassung, hier näher auf die Einzelheiten dieser glorreichen deutschen Hilfsaktion für „Väterchen“ einzugehen, aber das ist sicher, daß wir nicht wert wären, von der Sonne beschienen zu werden, wenn wir uns durch derartige staatsanwaltshafliche Feldzüge abhalten ließen, das zu tun und zu sagen, was wir für richtig halten. (Bravo!)

Unsere Sympathieerklärung hat nicht bloß eine platonische Bedeutung. Die finnische Frage kann nur als ein Teil der allgemeinen russischen Frage

gelft, die finnische Freiheit nur mit der russischen Freiheit zugleich erkämpft werden durch Niederwerfung des Zarismus überhaupt. Die russische Arbeiterbewegung beginnt als Massenbewegung des Klassenkampfes mehr und mehr zu erstarren und selbst in bürgerlichen Kreisen Rußlands regt sich's von neuem erfreulich.

Es ist eine Pflicht der internationalen Solidarität und eine Konsequenz des Versprechens, das wir im vorigen Jahre in Magdeburg gegeben haben, auch jetzt wieder an die Seite unserer finnischen Genossen zu treten und mit ihnen zu rufen: Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Freiheit des finnischen Volkes! (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen. Damit sind alle Anträge erledigt.

Den

Bericht der Beschwerdekommision

erstattet

Rauch-Hannover: Der Beschwerdekommision sind drei Beschwerden unterbreitet worden. Der erste Fall betrifft den Dachdecker Adolf Henseleit-Danzig. Henseleit ist wegen ehrloser Handlung in Verbindung mit Gewalttätigkeit auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins Danzig aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Tatsache ist unbestritten. Das Schiedsgericht hatte, und das ist sonderbar, bedingungsweise nur eine Rüge erteilt und auf Ausschließung von den Vertrauensämtern bis zum 1. Januar 1903 erkannt. Da Henseleit die Bedingung nicht akzeptierte, erkannte es auf Ausschluß aus der Partei.

Die Beschwerdekommision ist einstimmig der Ansicht, daß Vergehen, wie sie Henseleit sich hat zuschulden kommen lassen, unweigerlich mit dem Ausschluß aus der Partei geahndet werden müssen. Sie beantragt: Der Parteitag wolle dem Urteil des Schiedsgerichts beitreten.

Der Parteitag stimmt ohne Debatte diesem Antrage zu.

Rauch-Hannover: Der zweite Fall betrifft den Friseur Gottfried Rebele in Augsburg. Rebele hatte, von dem inzwischen nach Argentinien ausgewanderten Genossen Greifenberg aufgestachelt, gegen den Genossen Kollwagen schwere Anschuldigungen ehrenrühriger Art erhoben (Meineid, Verleitung zum Meineid usw.) und von den Parteinstanzen gefordert, Kollwagen zur Niederlegung der von ihm bekleideten öffentlichen Ämter zu veranlassen, anderenfalls er, Rebele, dem Staatsanwalt davon Mitteilung machen werde. Genosse Kollwagen beschritt, um Klarheit zu schaffen, den Klageweg. Vor Gericht erwießen sich die Angaben Rebeles als der Grundlage entbehrend, und der Angeklagte nahm in einem zustande gekommenen Vergleich die erhobenen Vorwürfe mit Bedauern zurück, um sie aber bald darauf in einer Wirtshaus zu wiederholen.

Das eingeleitete Ausschlußverfahren gestaltete sich durch das Verhalten Rebeles außerordentlich schwierig. Die Gebuld der Genossen wurde auf eine recht harte Probe gestellt. Dennoch glaubte man, dem Rebele eine goldene Brücke bauen zu müssen.

In dem Urteilspruch heißt es darüber: Das Schiedsgericht sprach darauf aus, daß es bereit sei, von dem Ausschluß Abstand zu nehmen, wenn Rebele sich ausdrücklich verpflichtete, in Zukunft den Parteifrieden zu wahren, die persönlichen Angriffe gegen Parteigenossen, besonders Kollwagen, zu unterlassen und das Parteiinteresse in jeder Hinsicht über das persönliche Interesse zu stellen. Das Schiedsgericht beauftragte eines seiner Mitglieder, den Genossen

Berling, in die Wohnung Rebeles zu geben, ihm von dem Beschlusse Kenntnis zu geben und ihn zu ersuchen, zum Zwecke der Unterzeichnung einer entsprechenden Erklärung in die Sitzung des Schiedsgerichts zu kommen. Rebele lehnte trotz aller Ermahnungen Berlings diese Erklärungen in allen Teilen ab, er erschien auch nicht mehr in der Sitzung des Schiedsgerichts.

Die Beschwerdekommision ist mit Ausnahme des Genossen Nimmerfall, der sich der Abstimmung enthalten hat, der Ansicht, daß der Ausschluß des Rebele durchaus gerecht ist und beantragt, den erhobenen Einspruch zu verwerfen.

Der Parteitag stimmt dem Antrage ohne Debatte zu.

Rauch-Hannover: Der Genosse Hoppe, Geschäftsführer der Großeinkaufsgenossenschaft, Abteilung Berlin, hat, angeblich aus Verärgerung, den aus dem Geschäft ausgeschiedenen Angestellten wiederholt Zeugnisse ausgestellt, die an sich schon den Betroffenen das Fortkommen erschwerten. Er hat außerdem an Firmen telephonische Auskünfte erteilt, die mit den ausgestellten Zeugnissen nicht übereinstimmen. Das bürgerliche Gericht, das die Betroffenen angerufen haben, hat den Anträgen der Kläger auf Ausstellung neuer Zeugnisse entsprechend geurteilt. Von den Parteinstanzen zur mündlichen Aussprache aufgefordert, hat Hoppe es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Darauf wurde das Ausschlußverfahren anhängig gemacht mit dem Ergebnis, daß beide Instanzen, da ehrlose Motive nicht festgestellt werden konnten, auf „allerhöchste Rüge“ erkannten. Die Parteiorganisation von Berlin VI hat Beschwerde erhoben, da nach ihrer Ansicht auf Ausschluß aus der Partei hätte erkannt werden müssen. Die Beschwerdekommision ist der einstimmigen Ansicht, daß Genosse Hoppe durch das von ihm beliebte Verfahren einer Handlungsweise sich schuldig gemacht hat, die allein schon vom rein menschlichen Standpunkt betrachtet durchaus verwerflich ist, und die schon den härtesten Tadel verdient, wenn er sie als Angestellter eines Privatbetriebes begangen hätte. Als Angestellter eines genossenschaftlichen Unternehmens, als Parteigenosse, durfte er unter keinen Umständen so handeln, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß Situationen, wie die von ihm bekleidete, manchmal zu recht schwierigen Situationen führen. Verärgerung aber und Gerechtigkeit dürfen niemals dazu verleiten, seinen Mitmenschen das Fortkommen zu erschweren.

Trotz der Schwere des Vergehens, dessen Genosse Hoppe sich schuldig gemacht hat, beantragt die Beschwerdekommision, für dieses Mal Rücksicht walten und es bei dem Schiedsgerichtsurteile, also der allerhöchsten Rüge, bewenden zu lassen.

In der Diskussion nahm das Wort

Müller-Berlin VI: Das Schiedsgericht und auch das vom Parteivorstand eingesezte Gericht haben die gegen Hoppe erhobenen Beschuldigungen als erwießen betrachtet. Schwere Indizien sprechen auch dafür, daß er das eine unter Anklage gestellte Telefongespräch gehalten hat. Obgleich beide Instanzen erklärten, daß das Verhalten Hoppes kein parteigenössisches und zu beurteilen sei, weil Hoppe gegen Parteitaatsbeschlüsse verstoßen hat, kommt es zu keinem Ausschluß. Die Handlungsweise des Hoppe war parteischädigend. Er muß also ausgeschlossen werden.

Der Parteitag stimmt dem Antrage der Beschwerdekommision zu.

Rauch-Hannover: Es haben sich noch einige Parteigenossen an den Parteitag gewendet, um den bereits erfolgten Ausschluß wieder rückgängig zu machen. Es handelt sich um vier Genossen, die den am 1. Mai verdienten Arbeitslohn gar nicht oder nur zum Teil abgeführt haben, angeblich aus Notlage usw. Sie wollen, daß der Ausschluß wieder aufgehoben wird. Die Kommission konnte

sich aber nicht weiter damit befassen, weil keinerlei Aktenmaterial vorhanden ist. Den Betroffenen ist auch das Urteil noch nicht zugestellt worden, denn das Schiedsgericht ist erst am 29. August zusammengetreten. Aus allen diesen Gründen möchten wir keine Stellung nehmen und können dem Parteitag empfehlen, nur dasselbe zu tun.

Der Parteitag ist einverstanden.

Damit ist der Bericht der Beschwerdekommission erledigt.

Es folgt die Verkündigung des Ergebnisses der Wahlen zum Parteivorstand.

Abgegeben sind 393 Stimmzettel. Gewählt sind zu Vorsitzenden Weber - Berlin mit 390 und Haase - Königsberg mit 283 Stimmen. Außerdem hat erhalten Ebert - Berlin 102 Stimmen. Zum Kassierer ist gewählt Gerisch - Berlin mit 392 Stimmen. Zu Schriftführern sind gewählt Braun - Königsberg mit 373 Stimmen, Ebert - Berlin mit 379 Stimmen, Mollenbühr mit 389 Stimmen, Hermann Müller - Berlin mit 370 Stimmen, Pfannkuch - Berlin mit 390 Stimmen, Scheidemann - Cassel mit 355 Stimmen. Außerdem hat erhalten Rudolph - Frankfurt a. M. 54 Stimmen. Als Beisitzerin ist gewählt Luise Bieh - Berlin mit 389 Stimmen. Für die Kontrollkommission sind gewählt Kadon mit 368 Stimmen, Wolf mit 363 Stimmen, Ernst mit 361 Stimmen, Brühne mit 354 Stimmen, Timm mit 298 Stimmen, Ged mit 274 Stimmen, Clara Zetkin mit 264 Stimmen, Stubbe mit 261 Stimmen, Hengsbach mit 247 Stimmen. Außerdem haben erhalten Linchen Wau - mann 15 Stimmen, Drey 150 Stimmen, Dr. Gottschalk 50 Stimmen, Hildenbrand 138 Stimmen, Löbe 149 Stimmen.

Zum Vorsitzenden der Kontrollkommission ist Kadon gewählt.

Zu Beisitzern des Vorstandes sind gewählt Liepmann und Wengels.

Zu Mitgliedern des Bildungsausschusses sind gewählt: Eduard David, Hugo Heimann, Karl Korn, Franz Mehring, Adolf Müller, Heinrich Schulz, der als Geschäftsführer bestimmt ist, und Clara Zetkin.

Das Wort zur Begründung eines Antrages der Kontrollkommission erhält

Kadon: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Verechtigung des Antrages der Kontrollkommission, den ich zu vertreten habe, werden Sie wohl ohne weiteres anerkennen, und ich kann mich daher kurz fassen. Durch die vorgenommenen Vorstandswahlen ist es zur Notwendigkeit geworden, auch die Gehaltsfrage der Sekretäre ins Auge zu fassen. Die Neugewählten müssen aus Stellungen ausscheiden, in denen sie sich materiell besser standen. Nun können wir den Gewählten schwer zumuten, sich in ihren Einkommensverhältnissen zu verschlechtern. Deshalb beantragt die Kontrollkommission, das Gehalt auf 5000 Mk. festzusetzen und diesen Beschluß auch auf die alten Sekretäre und den Kassierer auszudehnen, die jetzt 4500 Mk. beziehen. Ich bitte den Parteitag, den Antrag einstimmig anzunehmen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung des von Köln Stadt und Land zur Tagesordnung des nächsten Parteitages gestellten Antrages (Nr. 58). Zur Begründung erhält das Wort

Könige-Köln: Wir haben beantragt, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Privatbeamten und die Sozialdemokratie“. Wir meinen nicht, daß die Sozialdemokratie für diese Schichten der Proletarier bisher nichts getan hat, aber wir haben uns gesagt, daß die Verhältnisse, unter denen diese Kategorie zu arbeiten hat, grundverschieden sind von denen der Landarbeiter, und daß daher auch die Art der Agitation eine andere sein muß. Weiter haben wir gesehen, daß bei der Beratung der Verfassungsgesetzgebung diesen Proletariern nicht gegeben ist, was ihnen gebührt, obwohl die bürgerlichen Parteien einen Wettlauf arrangiert haben, um sie einzufangen. Es kommt hier über die Million geistiger Arbeiter, wie ich sie nennen will, in Frage, und die Sozialdemokratie muß versuchen, ihnen klarzumachen, daß sie Proletarier sind, Ausgebeutete. Ich bitte Sie, unseren Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dem wird zugestimmt.

Es folgt die Wahl des Ortes des nächsten Parteitages. Der Antrag 59 ist zurückgezogen. Es bleiben noch die Anträge 60 und 61.

Dinke-Deffau bittet, den nächsten Parteitag in Deffau abzuhalten, wo es den Parteigenossen gelungen ist, das schönste und größte Gartenabstimmung zu erkämpfen, das sich für die Abhaltung des Parteitages sehr eignet. In einzelnen Kreisen der Parteigenossen bezeichnet man Anhalt oder Deffau zwar als die humoristische Ecke (Heiterkeit), ich bitte Sie aber, sich von dieser irrigen Meinung nicht bestimmen zu lassen.

Jenisch-Chemnitz: Wir beantragen, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten. Wir werden Sie dort in unserem eigenen „Volkshaus“ beglücken können. Bei einer Einwohnerzahl von zirka 300 000, darunter 28 000 gewerkschaftlich und beinahe 10 000 politisch organisierten Genossen werden Sie dort eine angenehme Aufnahme finden. Die Chemnitzer Genossen werden die Ehre zu schätzen wissen.

Hiermit schließt die Debatte.

Es wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

Vorsitzender Diez: Damit sind die Geschäfte des Parteitages beendet. Wir haben jetzt die angenehme Pflicht zu erfüllen, unseren Jenerer Parteigenossen den herzlichsten Dank auszusprechen für die vielen Mühen und Arbeiten, die allein es ermöglichten, daß der Parteitag seine Geschäfte ordnungsmäßig erledigen konnte. Wir haben auch zu danken für die erhebende Empfangsfeier und die musikalischen Darbietungen am Donnerstag, die auf Stunden die Verhandlungen sehr angenehm unterbrachen. (Bravos!) Vor allem aber sei ihnen der Dank ausgesprochen für das originale Markttfest, wie es ähnlich kaum in einer anderen großen Stadt des Deutschen Reiches gefeiert werden könnte. Die meisten Parteigenossen beneideten die Jenerer um das Maß der politischen Freiheit, das sie genießen. (Sehr wahr!) Das Markttfest hat nicht dazu geführt, Jena auf den Kopf zu stellen. (Heiterkeit.) Die Stadt steht heute, wie gestern, auf dem nämlichen Platze. Uns aber wird die Tagung in Jena stets in guter Erinnerung bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Parteigenossen! Die Verhandlungen des Parteitages fanden unter einem guten Stern. Sie sind so erledigt worden, daß wir alle mit den Ergebnissen zufrieden sein können. (Zustimmung.) Wenn hier und da Wünsche und Hoffnungen nicht erfüllt worden sind, so ist das verhältnismäßig leicht zu ertragen. Ist doch unser heißester Wunsch in Erfüllung gegangen, die Partei bei den heranahenden Kämpfen in geschlossenen Reihen zu sehen, besetzt von dem Mut und der Zuversicht, siegreich daraus hervorzugehen. (Lebhafte Beifall.)